Fridays for Future Altkreis Halle

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

#AltkreisHalleWählt Klima

VERSMOLD

Parteilosigkeit & Wahlempfehlungen

Fridays for Future Altkreis Halle ist eine ausdrücklich parteilose Bewegung, die eine Vereinnahmung ihrer Aktionen als Parteiveranstaltungen stets abgelehnt hat.

Wir geben keine direkte Wahlempfehlung, fordern jedoch alle Wahlberechtigten dazu auf, mit Hilfe unserer Wahlprüfsteine zu prüfen, welche Priorität Klimaschutz hat und welche Forderungen diesbezüglich bestehen. Denn die Klimakrise wartet nicht! #AltkreisHalleWählt Klima

Legende

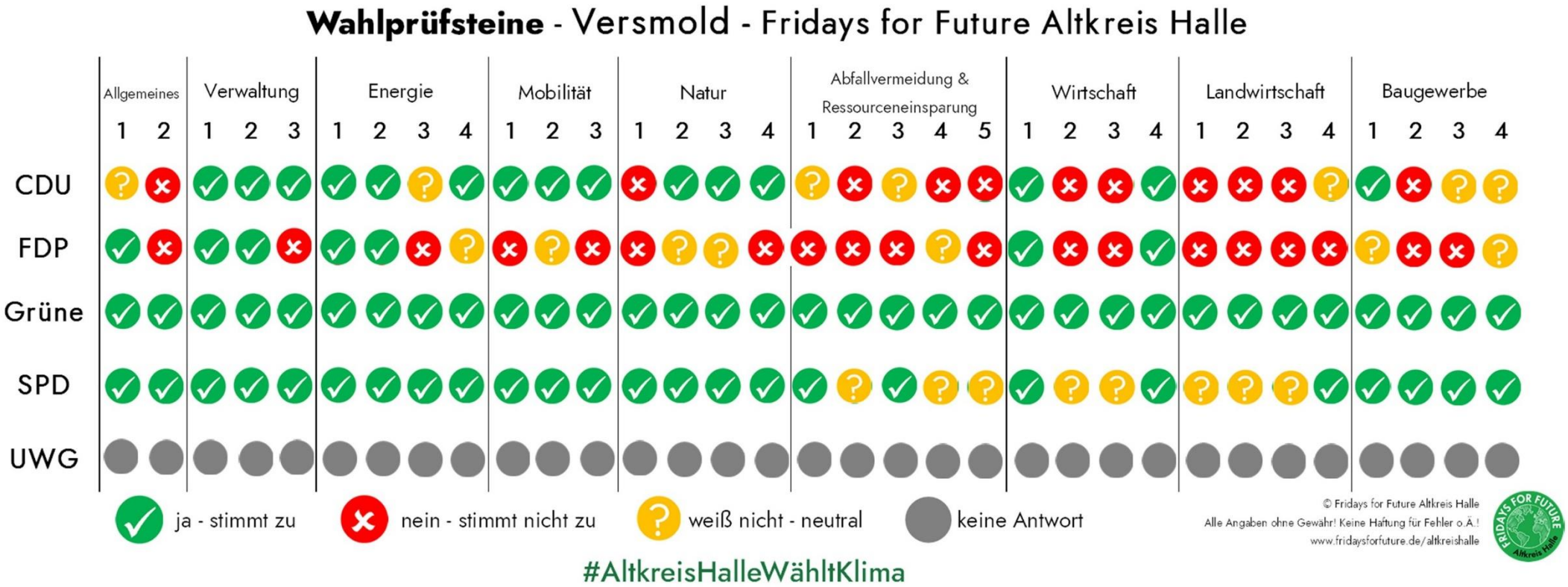
- ✓ Ja – stimmt zu
- ✗ Nein – stimmt nicht zu
- ? Neutral – weiß ich nicht
- ● Keine Antwort

Hinweis: Fridays for Future Altkreis Halle steht nicht hinter den Antworten und den Inhalten der Kommentare der Parteien und Wählergemeinschaften. Zudem übernehmen wir auch keine Haftung für diese. Diese liegt bei den jeweiligen Verfassern. Wir haben uns vorbehalten, Kommentare für die bessere Lesbarkeit zu kürzen. Alle Angaben sind ohne Gewähr! Keine Haftung für Fehler oder Ähnliches!

Aufgrund der besseren Lesbarkeit, verwenden wir die folgenden Bezeichnungen

CDU	CDU Versmold
FDP	FDP Versmold
Grüne	Bündnis 90 / Die Grünen OV Versmold
SPD	SPD Versmold
UWG	UWG Versmold e.V.

GRAFISCHE ÜBERSICHT:



AUSFÜHRLICHE ANTWORTEN:

Allgemeines:

1. Sie unterstützen die Festlegung verbindlicher Ziele, die gewährleisten, dass die Kommune die CO2-Emissionen bis spätestens zum Jahr 2035 auf Nettonull senkt und befürworten auch Sanktionen und Korrekturen bei Nichteinhaltung?		
CDU	?	Was ist mit "die Kommune" gemeint? Geht es um die Gebäude und Einrichtungen der Stadtverwaltung? Oder geht es um die ganze Stadt?
FDP	✓	
Grüne	✓	Wir priorisieren die Umsetzung des Versmolder Klimaschutzkonzepts bis 2030, da dieses eine umsetzbare Grundlage für das politische Handeln bildet und auch eine Basis für die Klimaneutralität 2035 darstellt.
SPD	✓	
UWG	●	

2. Sie befürworten, dass bei jeder Ratsentscheidung eine Bewertung der potentiellen klimatischen Auswirkungen – positiv oder negativ - der Maßnahme durchgeführt wird und eine halbjährliche Berichterstattung stattfindet über die durchgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz inklusive der aktuellen CO2 Emissions-Situation.		
CDU	✗	Dies ist personell nicht leistbar. Bei großen Investitionen z.B. energetischen Sanierungen etc. wird eine solche Betrachtung bereits gemacht.
FDP	✗	Zu bürokratisch
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

Verwaltung:

1. Sie würden das Personal der Stadtverwaltung aufstocken, um damit die Erreichung der Klimaziele der Stadtverwaltung sicher zu stellen, z.B. in Form eines Klimateams rund um den/die Klimamanager*in.		
CDU	✓	Ist bereits umgesetzt. Ein "Klimaschutzteam" aus 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet die Maßnahmen. Insgesamt ist Klimaschutz aber eine Querschnittsaufgabe in der gesamten Verwaltung.
FDP	✓	Ist in Versmold bereits teilweise mit Mitarbeiterkapazitäten umgesetzt.
Grüne	✓	Bündnis 90/Die Grünen OV Versmold fordern seit 4 Jahren (mit diversen Haushaltsanträgen) die Schaffung der Stelle Klimamanager mit Querschnittsaufgaben in der Verwaltung.
SPD	✓	Die Versmolder SPD setzt sich seit Langem für eine*n Klimamanager*in ein.
UWG	●	

2. Sie unterstützen, dass alle Druckerzeugnisse der Stadtverwaltung und in deren Einflussbereich umwelt- und klimaneutral gedruckt werden.		
CDU	✓	Grundsätzlich ist dies schrittweise denkbar, sofern nicht gesetzliche Vorgaben für einzelne Dokumente dem entgegenstehen.
FDP	✓	Wir setzten auf Digitalisierung und sind auf iPads im Rat umgestiegen.
Grüne	✓	Eine verstärkte Digitalisierung der politischen Arbeit spart viele Tonnen Papier - Bündnis 90 / Die Grünen arbeiten digital.
SPD	✓	
UWG	●	

3. Sie setzen sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung und alle öffentlichen Unternehmen in ihrem Einflussbereich aus Investitionen in fossile und nukleare Energie aussteigen werden. Auch das städtische Kapital soll nur von Banken verwaltet werden, welche keine Investitionen in fossile und nukleare Energie tätigen.		
CDU	✓	Ist bereits der Fall.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	✓	Es gibt (leider) kein städtisches Kapital auf der Haben-Seite.
UWG	●	

Energie:

1. Sie befürworten, dass die Stadtverwaltung und alle öffentlichen Gebäude schnellstmöglich mit zertifiziertem Grünstrom versorgt werden.		
CDU	✓	Ist bereits zum Großteil der Fall.
FDP	✓	Schon passiert.
Grüne	✓	Dies ist uns schon gelungen, da die Stadtwerke Versmold Grünstrom liefern.
SPD	✓	Die Stadtwerke Versmold GmbH vertreiben bereits ausschließlich Grünstrom.
UWG	●	

2. Sie setzen sich dafür ein, dass alle Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die dafür geeignet sind, mit Photovoltaik oder Solarthermie-Anlagen bestückt werden.		
CDU	✓	Ist bereits umgesetzt und wird für alle neu geplanten Gebäude mit geprüft und eingeplant. Übers Jahr gesehen, erzeugt die Stadt Versmold den Strom für die öffentlichen Gebäude aus EEG bereits selbst.
FDP	✓	Schon umgesetzt in Versmold.
Grüne	✓	
SPD	✓	Diese Forderung wird in Versmold bereits seit 2009 kontinuierlich umgesetzt.
UWG	●	

3. Sie setzen sich dafür ein, dass die Kommune mindestens 2% ihrer Fläche für den Ausbau von erneuerbaren Energien zur Verfügung stellt, so dass bis spätestens 2035 der Altkreis Halle eine 100% Erneuerbare-Energien-Region ist.		
CDU	?	2% welcher Fläche sind gemeint? Die, die im Eigentum der Stadt steht? Oder des gesamten Stadtgebiets? Welche EEG sollen umgesetzt werden - PV, Biogas oder Windkraft?
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	✓	Die Stadt Versmold verfügt selber nicht über 171 Hektar Fläche.
UWG	●	

4. Sie fördern die private Installation von neuen Photovoltaikanlagen mit einem Zuschuss von 60 Euro pro KWp Leistung.		
CDU	✓	Das "Klimaförderprogramm" der Stadt Versmold sieht ab diesem Jahr sogar einen Zuschuss von 100 Euro pro KWp vor.
FDP	?	Machen wir zum Teil in der Versmolder Klimaschutzinitiative, aber nicht in der Höhe.
Grüne	✓	Bündnis 90/Die Grünen ist es gelungen eine Förderung von 100 € je kwp in Versmold durchzusetzen.
SPD	✓	Die Stadt Versmold fördert bereits Photovoltaik-Neuanlagen bei maximaler Dachauslegung mit 100 €/kWp, maximal 1.000 €.
UWG	●	

Mobilität:

1. Sind Sie bereit, den Verkehrsraum, der zurzeit für PKW genutzt wird, zugunsten von Fahrrad-Infrastruktur und ÖPNV einzuschränken?		
CDU	✓	Sofern ein Miteinander von mehreren Verkehrsarten möglich ist. Im ländlichen Raum ist der PKW für viele, vor allem ältere Menschen ein wichtiges Mittel zum Erhalt der eigenen Mobilität.
FDP	✗	Gleichbehandlung der Mobilität.
Grüne	✓	Dazu hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schon diverse Anträge im Rat gestellt - zuletzt zur Planung des Verkehrs am neuen Rewe-Markt. Ebenso fordern wir einen autofreien Marktplatz.
SPD	✓	Die Forderung nach einer autofreien Innenstadt und Maßnahmen zur Steigerung des Radverkehrs, sowie die Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h im Innenstadtbereich, sind Teil des Programms der Versmolder SPD.
UWG	●	

2. Sie sind für die Einführung von kostengünstigen Tarifmodellen im ÖPNV (z.B. 365 Euro Jahresticket) und würden sich für die finanzielle Unterstützung des ÖPNV durch die Stadtverwaltung aussprechen?		
CDU	✓	Hierzu gibt es bereits eine CDU-Initiative im Kreistag. Dieses Thema muss für alle Kommunen auf Kreisebene geregelt und gebündelt werden.
FDP	?	Bürgerbus wurde bei uns mangels Nachfrage wieder abgeschafft.
Grüne	✓	Bündnis 90/Die Grünen OV Versmold fordern einen kostenlosen ÖPNV zur Verbindung von Ortsteilen und Kernstadt.
SPD	✓	Die Versmolder SPD fordert in ihrem Programm das 365-Euro-Jahresticket und setzt sich mittelfristig für einen kostenfreien ÖPNV ein.
UWG	●	

3. Sie befürworten, dass der Ausbau von Infrastruktur für E-Mobilität vorangebracht wird. Jeder Arbeitgeber soll für seine Mitarbeiter geeignete Lademöglichkeiten für E-Mobile einrichten.

CDU	✓	Die Stadtwerke Versmold haben bereits ein gutes Netz von Ladesäulen im Stadtgebiet aufgebaut. Zudem hat die Stadtverwaltung ihre Flotte weitestgehend auf e-Autos bzw. Hydrid-Fahrzeuge umgesetzt und Lademöglichkeiten für Mitarbeiter geschaffen. Für alle Arbeitgeber kann die Kommune dies aber nicht verbindlich regeln, sondern nur dafür werben, welches bereits geschehen ist.
FDP	✗	E-Mobilität ist Brückentechnologie.
Grüne	✓	Wir fordern hier auch die Ladung mit Grünstrom. Die Versmolder Stadtwerke haben einige Ladesäulen an zentralen Punkten im Stadtgebiet errichtet. Natürlich kann und muss hier weiter ausgebaut werden. Wichtig ist auch das Angebot von E-Bikes der Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer, was auch schon einige Versmolder Unternehmen anbieten.
SPD	✓	
UWG	●	

Natur:

1. Sie setzen sich für die Einführung bzw. Erhöhung einer Abgabe für Flächenversiegelung ein und werden das Außmaß an Flächenversiegelung auf das derzeitige Niveau einfrieren bzw. weiteren Flächenverbrauch nur noch zulassen, wenn Ausgleichsflächen dafür entsiegelt oder begrünt werden.		
CDU	✗	Rechtlich ist es einer Kommune nicht möglich, eine solche Abgabe einzuführen. Für jede Flächenversiegelung bzw. Bautätigkeit ist bereits heute ein Ausgleich zu schaffen. Dies ist im Baurecht geregelt.
FDP	✗	
Grüne	✓	Der OV Bündnis 90 /Die Grünen lehnt die Ausweitung des Interkom trotz der Schaffung von Ausgleichsflächen ab.
SPD	✓	
UWG	●	

2. Bei allen Neubauten wird die Versickerung von Regenwasser priorisiert und vorgeschrieben, wo ausreichend Flächen verfügbar sind.		
CDU	✓	Ist bereits der Fall. Und wird auch für jedes Neubaugebiet jeweils geprüft.
FDP	?	
Grüne	✓	Dieses wurde aufgrund des Engagements der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in den letzten Jahren schon umgesetzt.
SPD	✓	
UWG	●	

3. Sie werden die Umgestaltung von Grünflächen und Parkanlagen sowie Waldflächen in möglichst naturnahe und ökologisch gestaltete Flächen voranbringen und für deren Instandhaltung sorgen.		
CDU	✓	Hier ist aber nicht nur die Stadt in der Verantwortung, sondern auch jede Privatperson kann dies in ihrem Umfeld/Garten umsetzen.
FDP	?	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

4. Sie befürworten die Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts in Abstimmung mit anderen Kommunen im Altkreis Halle.		
CDU	✓	Maßnahmen hierzu sind bereits Bestandteil des Klimaschutzkonzepts der Stadt Versmold aus 2016. Ob ein interkommunales Konzept sinnvoll ist, muss auf Kreisebene erörtert werden.
FDP	✗	Zu bürokratisch. Wenn dann in Abstimmung mit dem Kreis Gütersloh.
Grüne	✓	
SPD	✓	Ist der Altkreis Halle nicht zu klein gedacht?
UWG	●	

Abfallvermeidung & Ressourceneinsparung:

1. Sie setzen sich ein für ein Mehrweggebot sowie ein Verbot von Luftballonstarts bei Festveranstaltungen.		
CDU	?	Mehrweg: Wo es möglich ist, ja. Derzeit aus Hygienegesichtspunkten schwierig. Luftballonverbot: nein. Hier ist jeder in der Verantwortung, dies z.B. für seine Hochzeit zu überlegen.
FDP	✗	Hört sich gut an aber nicht in der Praxis umsetzbar. Außerdem gibt es biologisch abbaubare Luftballons.
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

2. Sie befürworten das Verbot privater Feuerwerke.		
CDU	✗	
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	?	
UWG	●	

3. Sie fördern die Einrichtung von Läden für unverpackte Lebensmittel und Bedarfsgegenstände.		
CDU	?	Im Rahmen der Wirtschaftsförderung würde ein solchen Projekt natürlich z.B. planerisch positiv begleitet. In Sinne der Gleichbehandlung aller Einzelhändler ist eine finanzielle Förderung durch die Stadt aber nicht möglich.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

4. Sie setzen sich ein für ein verpflichtendes Konzept zur Abfallreduzierung in allen öffentlichen städtischen Institutionen.		
CDU	✗	Wir setzen auf freiwilliges Engagement, das es an vielen Stellen bereits gibt und wo Anreize und Aufklärungsarbeit geleistet wird.
FDP	?	
Grüne	✓	Zur nachhaltigen Beschaffung hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im letzten Jahr einen Antrag im Rat gestellt, der aber leider von der Mehrheit der anderen Parteien abgelehnt wurde.
SPD	?	
UWG	●	

5. Sie befürworten die Begrenzung des Wasserverbrauchs im gewerblichen sowie privaten Bereich durch strenge Auflagen und unterstützen damit Konzepte zur Wasseraufbereitung und Kreislaufführung.		
CDU	✗	Auch hier setzen wir auf Aufklärungsarbeit für Privathaushalte. Die Unternehmen haben von sich aus ein wirtschaftliches Interesse, den Wasserverbrauch auf das notwendige Maß zu beschränken.
FDP	✗	
Grüne	✓	Bündnis 90 /Die Grünen Versmold haben sich erfolgreich für eine Beratung zum Wassersparen und zum Regenwasser sammeln für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.
SPD	?	
UWG	●	

Wirtschaft:

1. Sie setzen sich ein für einen Wettbewerb der ansässigen Betriebe für das ambitionierteste Klimaschutzprojekt.		
CDU	✓	
FDP	✓	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

2. Sie befürworten die Einforderung verbindlicher Klimaschutzziele von allen Gewerbetreibenden bis spätestens 2025, die die Erreichung der Klimaneutralität des Unternehmens bis 2035 darlegen sollen.		
CDU	✗	Dies ist durch die Kommune rechtlich nicht regelbar. Viele Unternehmen haben aber von sich aus bereits Klimaschutzziele und Energiekonzepte erstellt und umgesetzt.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	?	Die Stadt Versmold wird mit ihren Kompetenzen hier keine Verbindlichkeit herstellen können
UWG	●	

3. Sie fordern von jedem Unternehmen im Stadtgebiet, dass dieses seinen Energiebedarf zu mindestens 20 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen deckt.		
CDU	✗	Auch hier kann die Kommune rechtlich verbindlich keine Regelung treffen.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	?	Sind Unternehmen Kunden der Stadtwerke Versmold GmbH beziehen sie automatisch 100 % Strom aus erneuerbaren Energiequellen.
UWG	●	

4. Sie befürworten die Installation eines Bürger-Energieprojekts zur lokalen Erzeugung von Strom oder Wärme.		
CDU	✓	
FDP	✓	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

Landwirtschaft:

1. Sie unterstützen die Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft auf 30% bis 2030. Dafür schaffen Sie eine Personalstelle und fördern aktiv ein besseres Vernetzen der regionalen Bio-Branche.		
CDU	✗	Wir setzen uns für ein gutes Nebeneinander von konventioneller und Bio-Landwirtschaft ein. Beratung für die Umstellung auf Biolandbau bieten bereits die Landwirtschaftskammer oder auch die Verbände der Bio-Landwirtschaft an. Dies ist nicht Aufgabe der Stadt.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	?	Hier sehen wir die Organisationen der lokalen Landwirtschaft in der Verantwortung. Dass die Verwaltung hier die Vermittlerrolle übernimmt, betrachten wir als selbstverständlich.
UWG	●	

2. Sie werden keine neuen Genehmigungen für Massentierhaltung im Einflussbereich der Kommune erteilen.		
CDU	✗	Was ist mit "Massentierhaltung" gemeint? Genehmigungen hierfür werden zudem vom Kreis bzw. der Bezirksregierung Detmold erteilt, nicht von der Stadt.
FDP	✗	Das ist keine Kommunale Aufgabe.
Grüne	✓	Eine Grundforderung von Bündnis 90/ Die Grünen: https://fffutu.re/JUxnU9
SPD	?	Diese Frage entzieht sich dem Einflussbereich der Kommune.
UWG	●	

3. Sie setzen sich ein für eine 100%ige Verpflegung mit regionalen und saisonalen Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen, der Gastronomie, bei Veranstaltungen und auf regionalen Märkten.		
CDU	✗	Für regionale Produkte wird bereits geworben. Eine weitergehende Regelung kann die Kommune aber nicht treffen. Auch hier setzen wir auf Angebotsvielfalt.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	?	Auf das Angebot der Gastronomie, bei privaten Veranstaltungen und regionalen Märkten hat die Stadt keinen bindenden Einfluss.
UWG	●	

4. Sie befürworten die Einführung einer CO2-Prämie für den Waldbau und vorbildliche, humusbildende Bodenbearbeitung.		
CDU	?	Was für eine Art Prämie ist gemeint? Prämien für Land- und Forstwirtschaft liegen aber nicht in der Zuständigkeit der Stadt.
FDP	✗	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

Baugewerbe:

1. Sie befürworten, dass jeder Neubau im kommunalen Einzugsgebiet verpflichtend einen Teil seiner Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen muss und machen das zur Auflage.		
CDU	✓	Muss nach der aktuellen EnEV eh schon bei Neubauten umgesetzt werden. Zudem hat die Stadt eine Klimaschutzsiedlung in Bockhorst vermarktet, wo noch höhere Standards gelten.
FDP	?	Haben wir in einer Klimaschutzsiedlung gemacht. Werden wir aber nicht in jedem Baugebiet vorschreiben.
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

2. Sie setzen sich ein für die verstärkte Kontrollen bestehender sowie neuer Gebäude auf Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Energieeinsparung und Nutzung Erneuerbarer Energien (z.B. EnEV, EEWärmeG) sowie der baurechtlichen Auflagen zu Ausgleichsmaßnahmen. Dazu werden Sie genügend Ressourcen auf personeller Seite zur Verfügung stellen z.B. auch eine Planstelle zur Förderung des nachhaltigen Bauens.		
CDU	✗	Ist nicht Aufgabe der Stadt. Der Kreis ist für die Bauaufsicht zuständig. Bauberatung bietet die Stadt bereits an und nimmt auch an Angeboten des Kreises wie "AltbauNeu" oder Energieberatungen etc. teil, die Bauherren nutzen können.
FDP	✗	Keine Kommunale Aufgabe.
Grüne	✓	
SPD	✓	Hier liegt die Zuständigkeit beim Kreis Gütersloh.
UWG	●	

3. Sie fördern die Gestaltung von Dach- und Fassadenbegrünung im Stadtgebiet und verbieten die Errichtung von "Schottergärten".		
CDU	?	Die Stadt setzt Anreize für eine naturnahe Gartengestaltung, bietet Beratung und Förderung z.B. durch Pflanzgutscheine an.
FDP	✗	
Grüne	✓	Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen letztes Jahr im Rat wurde von den anderen Parteien leider nicht unterstützt. Wir bleiben aber am Thema, weil es uns sehr wichtig ist.
SPD	✓	
UWG	●	

4. Sie befürworten die verbindliche Berücksichtigung von Maßnahmen zur Klimafolgen-Anpassung in städtischen Bebauungsplänen (z.B. Einrichtung und Erhaltung von Grünschneisen) und achten konsequent auf deren Einhaltung.		
CDU	?	Ist in einigen Bebauungsplänen bereits berücksichtigt und wird dort auch umgesetzt. Nachträglich ist dies in bestehenden Bebauungsplänen nicht möglich.
FDP	?	
Grüne	✓	
SPD	✓	
UWG	●	

Altkreis Halle im August/ September 2020

Fridays for Future Altkreis Halle

(Borgholzhausen, Halle (Westf.), Steinhagen, Versmold und Werther (Westf.))

E-Mail: altkreishalle@fridaysforfuture.de
Webseite: www.fridaysforfuture.de/altkreishalle
Anmeldung Newsletter: fffutu.re/akh-news
Forderungen: fffutu.re/akh-forderungen
Instagram: @fffaltkreishalle

Wahlprüfsteine im Web

#AltkreisHalleWählt Klima

© Fridays for Future Altkreis Halle

Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie dieses Dokument drucken!